

1 **St-04**
2 **Antragsteller: UB Aachen-Stadt**
3
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
5
6 **Keine Spekulation auf Staatskosten gegen heimische**
7 **Standorte**
8
9 Der SPD Landesparteitag fordert die Bundesregierung
10 auf, Maßnahmen zu ergreifen, um missbräuchliche In-
11 anspruchnahme von Staatshilfe zur Unterstützung von
12 Standortverlagerungen auszuschließen. Sollte ein Un-
13 ternehmen versuchen Managementfehler mit den Aus-
14 wirkungen der Corona-Pandemie zu überdecken, dann
15 muss die direkt und indirekt bewilligte Staatshilfe, inkl.
16 Zinsen, vollumfänglich zurückverlangt werden, wenn
17 es zu Standortverlagerungen (/Standortschließungen)
18 von profitablen Standorten kommt.
19
20 Bei dieser Rückerstattung soll geprüft werden, in
21 wie weit diese rückwirkend erfolgen kann, um den
22 Missbrauch von Steuergeldern zu verhindern (vgl. Lex
23 Unilever in den Niederlanden).
24
25 **Begründung**
26 Die Corona-Pandemie hat zu erheblichen wirtschaftli-
27 chen Verwerfungen geführt. Ganze Wirtschafts- und
28 Industriezweige sind in ihrer Existenz bedroht oder
29 haben erhebliche Einbußen zu verzeichnen. In diesem
30 Kontext sind eine Vielzahl von Förder- und Hilfsmitteln
31 durch die Bundesregierung auf den Weg gebracht
32 worden. Die Einzelmaßnahmen des Konjunkturpaketes
33 und das Kurzarbeitergeld sind nur einige Beispiele für
34 schnelle und unbürokratische Hilfen.
35
36 Allen handelnden Personen ist hierbei klar, dass diese
37 Maßnahmen die schwierige Lage abmildern, aber nicht
38 alle Härten komplett auffangen können. Z.B. wird es
39 in der Automobilindustrie zu weiteren Verschärfungen
40 kommen, die den bereits begonnenen Transformations-
41 prozess beschleunigen und auch negative Auswirkun-
42 gen auf die Beschäftigten haben werden. Die Bundes-
43 regierung muss die in ihrer Macht stehenden Möglich-
44 keiten nutzen, um die schwierige Situation möglichst
45 sozialverträglich zu begleiten und den wirtschaftlichen
46 Schaden zu begrenzen. In vielen Bereichen sind die be-
47 reits beschlossenen Maßnahmen eine große Hilfe. Die-
48 se und vergleichbare Maßnahmen sollen auch den wei-
49 teren Fortgang der Krise begleiten und abmildern.
50
51 Neben vielen verantwortungsvollen Betrieben ist je-
52 doch auch zu beobachten, dass schwarze Schafe ver-
53 suchen die Situation auszunutzen. Klar identifizierba-
54 re Managementfehler sollen nun mit dem Deckman-
55 tel der Krise vertuscht werden. Dabei schrecken Firmen
56 wie Continental nicht davor zurück profitable Standor-
57 te (Reifenwerk in Aachen; auch im ersten Halbjahr 2020
58 profitabel) zu schließen, um selbst verursachte Überka-
59 pazitäten in anderen Ländern auszugleichen (<https://>

Empfehlung der Antragskommission:
Annahme

60 //www.weka.de/einkauf-logistik/reifenherst
61 eller-continental-100-millionen-euro-fuer-re
62 ifen-aus-portugal/). Hierbei ist besonders zu kritisie-
63 ren, dass Continental bis zum Beschluss der Schließung
64 des Werkes durchgehend die finanziellen Hilfsangebote
65 der Bundesregierung in Anspruch genommen hat.

66

67 Für uns steht fest: die SPD steht an der Seite der Be-
68 schäftigten und der Wirtschaft. Wenn jedoch ein Unter-
69 nehmen die Hilfspakete in Anspruch nimmt, um gleich-
70 zeitig Stellenverlagerung auf Staatskosten zu betrei-
71 ben, dann gerät das etablierte System der Sozialpart-
72 nerschaft in Schieflage. Wenn im Rahmen der Corona-
73 Pandemie Hilfspakete in Anspruch genommen wer-
74 den und mit diesen mittelbar eine Stellenverlagerung
75 zu Lasten deutscher Standorte umgesetzt werden soll,
76 dann muss der Staat die finanzielle Unterstützung zu-
77 rückverlangen. Es kann nicht sein, dass deutsche Steu-
78 erzahler für Managementfehler haften und gleichzei-
79 tig Stellenverlagerungen in Billiglohnländer auf diesem
80 Weg querfinanzieren.